

DEUTSCH-OSTAFRIKA IN GEFAHR!

DIE KOLONIALE EINHEITSFRONT

DER VERBÄNDE
UND PARTEIEN.



S 17

KOLONIALE REICHSARBEITSGEMEINSCHAFT

12841

Die
koloniale Einheitsfront
der Verbände und Parteien.

*

Kundgebung

gegen die Einverleibung Deutsch-Ostafrikas
in das britische Kolonialreich
am 2. März 1928 in den Spichernsälen
zu Berlin.

Die drohende Einverleibung der unter englischer Mandatverwaltung stehenden deutschen Kolonie Ostafrika in das britische Kolonialreich veranlaßte die Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft, in Berlin am 2. März 1928 in den Spichernsälen eine Protestkundgebung zu veranstalten. Gouverneur a. D. Vizeadmiral a. D. Meyer-Waldeck, der als Vorsitzender des Arbeitsausschusses der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft diese Kundgebung leitete, wies in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, daß, sobald die ersten Nachrichten über die wahren Pläne der englischen Ostafrikakommission die deutsche Öffentlichkeit aufhorchen ließen, der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, Gouverneur z. D. Dr. Schnee, bei der außenpolitischen Debatte im Reichstage die deutsche Regierung auf die dem Mandatscharakter Deutschostafrikas drohenden Gefahren aufmerksam machte, und daß der Reichsminister des Aeußeren, Dr. Stresemann, die Erklärung abgab, „die Reichsregierung werde sich einer Aenderung der Mandatsgrundlagen, sowie sie in der Völkerbundsatzung und der Satzung des Versailler Vertrages enthalten sind, gegebenenfalls mit Nachdruck widersetzen.“ Während aber die englische Öffentlichkeit von dieser Ostafrika-Interpellation im Deutschen Reichstage in so weitgehendem Maße Kenntnis nahm, daß auch das englische Oberhaus und das Unterhaus sich mit ihr beschäftigten, fand sie in der deutschen Öffentlichkeit in so erstaunlich geringem Umfange Beachtung, daß hieraus das Ausland leicht den falschen Schluß hätte ziehen können, das deutsche Volk und die deutschen Parteien mäßten den englischen Ostafrikaplänen nicht diejenige Bedeutung für Deutschland bei, die ihnen zukommt. Darum erachtete es die Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft für ihre Pflicht, das deutsche Volk und die deutschen Parteien zu einer eindeutigen und kraftvollen Willenskundgebung aufzurufen.

Diese Kundgebung nun hat dem geschlossenen kolonialen Willen des deutschen Volkes in einer Weise Ausdruck verliehen, wie sie bisher in Deutschland nach dem Kriege noch nicht erlebt war. Sie hat drei Tatsachen von grundlegender Bedeutung ergeben:

1. Sämtliche in der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft vereinigten Verbände haben sich vor breiter Öffentlichkeit für den Schutz der durch Völkerbundsatzung und Mandatsystem Deutschland gelassenen kolo-

nialen Rechte eingesetzt. Da der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft nicht nur die kolonialen Verbände, sondern auch die Mehrzahl der großen Deutschturnsverbände angehören, so darf gesagt werden, daß die Mehrheit des deutschen Volkes auf dem Boden dieser Kundgebung steht.

2. Die Mehrzahl der Fraktionen des Deutschen Reichstages, und zwar sämtliche große Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Deutschdemokraten, haben in den Erklärungen ihrer Sprecher ihre Zustimmung zu den Forderungen der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft bekundet, wie sie in der von der Versammlung gefaßten Entschliebung zum Ausdruck kamen. Damit hat sich zum ersten Male in einer grundlegenden Frage des deutschen kolonialen Rechtes die Mehrheit der deutschen Parteien auf gemeinsamem Boden zusammengefunden.
3. Ueber diese gemeinsame Bekundung hinaus haben die Redner der Parteien ihrer Ueberzeugung von der Notwendigkeit eigener kolonialer Betätigung Deutschlands Ausdruck verliehen.

Somit entstand bei dieser Kundgebung zum ersten Male eine breite koloniale Einheitsfront des deutschen Volkes und der deutschen Parteien. Dreifach ist die Aufgabe, die sich hieraus ergibt:

Es gilt, diese Einheitsfront auch für die Zukunft zu erhalten, insbesondere das Band zwischen der deutschen Kolonialbewegung und den deutschen Parteien geknüpft zu halten und zu festigen.

Es gilt, diese Front zu erweitern und ihr jene Volkskreise und Parteien anzufügen, die heute noch ferne stehen.

Es gilt, drittens und vor allem: mit dieser gewaltigen Front deutscher Kämpfer für koloniales Recht der deutschen Regierung den Rücken zu stärken bei der Verfechtung der deutschen Rechtsansprüche und Lebensnotwendigkeiten gegenüber der kolonialen Machtpolitik fremder Staaten.

Die Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft veröffentlicht daher im folgenden den bedeutsamsten Wortlaut der Erklärungen der Vertreter der deutschen kolonialen Bewegung und der deutschen Parteien, in der Hoffnung, daß diese eindeutige Willensäußerung der Mehrheit des deutschen Volkes überall gehört und verstanden werde.

Berlin, im März 1928.

Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft.

Reichstagsabgeordneter Gouverneur z. D. Dr. Schnee

(Deutsche Volkspartei):

Mehr als 8 Jahre sind vergangen, seitdem unserem Vaterlande der Versailler Diktatfriede mit seinen unendlichen Härten und untragbaren Lasten aufgezwungen wurde. Man hört jetzt zwar viel von dem Willen zur Verständigung, aber leider fehlen allzuhäufig die Taten. In verschiedenen Ländern sind sogar Versuche gemacht worden, uns noch weitere Lasten aufzuerlegen und über das Maß dessen hinaus, was diese Länder im Kriege bereits erlangt haben, neue Annexionen vorzubereiten. Diese Versuche gehen nicht etwa nur von einzelnen Hitzköpfen aus, sondern vielfach von den amtlichen Regierungsstellen selbst. Es handelt sich da vor allem um unsere Kolonien, auf deren Besitz wir im Versailler Diktat verzichten mußten. In erster Linie zeigt sich England bemüht, noch nachträglich zu erlangen, was ihm durch den Versailler Diktatfrieden verwehrt wurde: die volle Annexion der deutschen Kolonien, insbesondere Deutsch-Ostafrikas.

Ueber die Vorgänge, die sich bei den Pariser Friedensverhandlungen hinter verschlossenen Türen abspielten, sind wir jetzt vor allem durch die Veröffentlichungen des früheren Pressechefs des Präsidenten Wilson, Mr. Baker, genau unterrichtet. Mr. Baker hat in einem zweibändigen Werke zahlreiche von den Geheimprotokollen über jene Verhandlungen aus einer Dokumentensammlung abgedruckt, die ihm Präsident Wilson bei seinem Rücktritt mit der ausdrücklichen Ermächtigung, sie zu veröffentlichen, übergeben hatte. Es wirkt geradezu wie ein dramatischer Vorgang, wenn man in dem Buche des Mr. Baker liest, wie sich bei diesen Verhandlungen plötzlich die Tür öffnete und der englische Premierminister Lloyd George hereintrat, gefolgt von den Premierministern der englischen Dominien, wie sie sich vor den überraschten Präsidenten Wilson stellten und nun ihre Forderungen erhoben, die auf nichts weniger als auf die völlige Annexion der deutschen Kolonien abzielten. Damals, in jenem geschlossenen Raume, sprach man noch nicht von jenen Lügen, die man später gegen die deutsche Kolonisation ge-

schleudert hat, damals bezeichnete man noch nicht als Grund der Enteignung die Unfähigkeit Deutschlands auf dem Gebiete der kolonialen Zivilisation, sondern man sagte es rund heraus, daß man lediglich aus machtpolitischen und wirtschaftspolitischen Gründen die deutschen Kolonien annekieren wolle.

Da war es Präsident Wilson, welcher widersprach. Er hatte sich in seinen damals berühmten, leider allmählich berüchtigt gewordenen 14 Punkten und in seinen verschiedenen Reden darauf festgelegt, daß keine Annexionen stattfinden sollten, und er erklärte daher, eine Aneignung der deutschen Kolonien als Kriegsbeute widerspreche diesen Grundsätzen. Daraufhin gaben Lloyd George und die andern Staatsmänner der Alliierten nach und sie erklärten sich damit einverstanden, daß die deutschen Kolonien nicht in das Eigentum der betreffenden Nationen übergingen, sondern daß sie von ihnen zu treuen Händen als Mandate des Völkerbundes verwaltet würden. Demgemäß führt der Völkerbund die Aufsicht über die Mandatsverwaltung und hat als Organ hierfür den Völkerbundsrat und dieser wiederum die Ständige Mandatskommission.

Deutschland ist nun erst vor 1½ Jahren in den Völkerbund eingetreten und erst seit einigen Monaten gehört ein Deutscher der Ständigen Mandatskommission an, in der überwiegend koloniale Sachverständige der beteiligten Nationen sitzen. Wohl unter dem Einfluß dieser Kolonialkenner hat sich die Mandatskommission in verschiedenen Fällen bemüht, Versuchen der Mandatsmächte entgegenzutreten, die darauf abzielten, die Hand auf deutsche Kolonien zu legen und sie sich endgültig anzueignen. Der Völkerbundsrat hat bisweilen versucht, die Ständige Mandatskommission in diesem an sich lobenswerten Bestreben zu hindern, indem die leitenden Minister der Großmächte sich gegen eine Erweiterung der Befugnisse der Mandatskommission, ja sogar gegen eine zweckmäßige Handhabung der Aufsichtsbeugnisse aussprachen und verhinderten, daß dieses Aufsichtsrecht im vollen Umfange durchgeführt wurde.

Nunmehr droht dem Mandatssystem eine neue schwere Gefahr durch die englischen Pläne in Ostafrika. Wir haben schon früher gelegentlich aus dem Munde leitender englischer Staatsmänner, vor allem des englischen Kolonialministers Amery, Wendungen gehört, die durchaus unverträglich mit dem Charakter des Mandatssystems sind. Er hatte von einer bereits erfolgten Einverleibung des Tanganyikagebietes (Deutsch-Ostafrika) in das Britische Reich gesprochen und die Behauptung aufgestellt, England verwalte dieses Gebiet aus eigener Macht und lediglich unter gewissen Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbunde. Als dann im englischen Unterhause eine Interpellation eingebracht wurde, hat der leitende Minister Baldwin sich zwar in vorsichtigerer Form geäußert, aber er hat im Grunde die gleiche Auffassung kundgegeben, wenn er sagte, daß England aus eigenem

Recht die Verwaltung führe und nur dem Völkerbund Rechnung abzulegen habe.

Es erfolgte sodann die Entsendung einer Kommission nach Ostafrika, die eine Untersuchung darüber anstellen soll, ob eine Vereinigung des Tanganyikagebietes, also Deutsch-Ostafrikas, mit den angrenzenden englischen Kolonien zweckmäßig erscheint.

Die Engländer sind sehr kluge Politiker und so haben sie schon vor Jahren die Grundlage für eine solche Vereinigung geschaffen, indem sie bei der Aufstellung des Mandats für Deutsch-Ostafrika gewisse Bestimmungen vorsahen, die wenigstens den Schein des Rechts für eine solche Vereinigung gewährten: Die Bestimmungen über das Ostafrika-Mandat wurden im Jahre 1922 festgesetzt und zwar nicht etwa in Genf, sondern in London, ein Beweis dafür, daß England maßgebend bei der Festsetzung und Umschreibung dieser Bestimmungen beteiligt war.

Der § 10 dieser vom Völkerbund genehmigten Bestimmungen besagt nun, daß eine Union oder Föderation des Tanganyikagebietes mit den angrenzenden britischen Kolonien unter den Gesichtspunkten der Zoll-Union, der Finanz-Union und der Verwaltungs-Union erfolgen kann. Aber diese Mandatsbestimmungen stehen in Widerspruch mit der Völkerbundsatzung, die zwar für die sogenannten C-Mandate, zu denen Südwestafrika und die Südsee-Gebiete gehören, aus besonderen Gründen eine Verwaltungseinheit mit den benachbarten Kolonien vorsieht, nicht aber für die B-Mandate, zu denen Ostafrika zählt. Die Ausgestaltung des Ostafrikamandats in den Londoner Mandatsbestimmungen stellt somit lediglich — ich muß das harte Wort aussprechen — eine Schiebung dar, die vollkommen der Völkerbundsatzung widerspricht. Und darum muß dieses Mandat vom Völkerbund wieder geändert werden.

Aber auch in anderer Beziehung verstoßen die englischen Ostafrika-Pläne gegen Geist und Sinn der Völkerbundsatzung. Diese besagt, das Wohlergehen und die Entwicklung der Eingeborenen seien eine heilige Aufgabe der Zivilisation und diese Aufgabe müsse die Richtschnur für die mandatarische Verwaltung der Kolonien bilden. Englands Pläne widersprechen aber in schärfster Weise den Interessen der Eingeborenen. Sie werden am eifrigsten unterstützt von der Kenya-Kolonie, einer Farmerkolonie, in der die Interessen der englischen Ansiedler ausschlaggebend sind und in der die Eingeborenen, ihres Landes beraubt, sich als Arbeiter auf europäischen Unternehmungen verdingen müssen. Ganz anders liegen die Verhältnisse in dem jetzt Tanganyika genannten Deutsch-Ostafrika. Wir haben immer darüber gewacht, daß die Interessen der Eingeborenen gewahrt werden und haben das tatsächlich erfüllt, was die Völkerbundsatzung verlangt, was aber jetzt durch Englands Pläne bedroht ist.

Und so hat sich der jetzige Gouverneur des Mandatsgebietes rundweg gegen eine Vereinigung mit Kenya ausgesprochen. Noch schärfer ist der Protest, der aus der Kolonie Uganda kam, einer Kolonie mit überwiegenden Eingeborenen-Interessen, in der die Eingeborenen Baumwolle bauen und die ganze Verwaltung auf das Interesse der Eingeborenen zugeschnitten ist. Die englischen Unions-Pläne stehen also in vollkommenem Widerspruch zu den Interessen der Eingeborenen, wie sie nach der Völkerbundsatzung gewahrt werden sollen.

Welches sind nun die Motive für die englischen Ostafrika-Pläne? Vor einiger Zeit erschien in London eine Schrift unter dem Titel „Ein ostafrikanisches Dominium“, in der bereits der Plan entwickelt wurde, die gesamten englischen Gebiete in Ostafrika zu einem Dominium zu vereinigen, also zu einer sich selbst verwaltenden großen Kolonie oder, wie es jetzt in London vielfach bezeichnet wird, zu einer Schwesternation nach der Art Kanadas, Australiens und der übrigen Dominien. Freilich besteht hier doch ein wesentlicher Unterschied insofern, als es sich in Ostafrika um Länder mit starker Eingeborenenbevölkerung handelt, während die anderen Dominien Länder rein oder fast ausschließlich weißer Bevölkerung sind.

Wir haben dann aus Ostafrika selbst gehört, wohin die englischen Pläne gehen. Z. B. schrieb die „South Africa Times“:

„Es ist wahrscheinlich, daß die Vorschläge der Hilton-Kommission, (d. h. der englischen Studien-Kommission in Ostafrika) eine politische Föderation in der Vereinigung Ostafrikas und der Zentralgebiete zur Folge haben werden, und man darf nicht überrascht sein, in der nächsten Zukunft zu erfahren, daß England die Errichtung des großen britischen Imperiums vom Kap bis Kairo beabsichtigt.“

Noch klarer hat sich die führende Ostafrika-Zeitschrift „East-Africa“ ausgesprochen:

„Der Hauptzweck der ostafrikanischen Föderation ist, das Mandatsgebiet Tanganyika endgültig und für alle Zeit dem englischen Imperium einzuverleiben. Man hat es vielleicht deshalb vermieden, diesen Hauptzweck bekannt zu geben, weil man einem Konflikt mit Deutschland aus dem Wege gehen wollte. Ist dem aber so, dann ist die englische Politik unnötig vorsichtig, denn in Deutschland kennt man sehr wohl den wahren Zweck der beabsichtigten Föderation.“

Weiterhin hat der Gouverneur der Kenya-Kolonie, Sir Edward Grigg, am 30. August 1927 in Nairobi, der Hauptstadt Kenyas, vor dem Gesetzgebenden Rat darauf hingewiesen:

daß die Möglichkeit der Union Tanganyikas mit den angrenzenden Staaten unter schweren Opfern erkaufte sei und daß, wenn nicht alle in englischer Hand vereinigten Verbindungsglieder zu einer Kette von dauernder Stärke und dauerndem Wert zusammengeschmiedet würden, alle Opfer vergebens gebracht seien.

Noch eindeutiger hat das der bekannte Großgrundbesitzer Lord Delamere in Nairobi auf einer Farmerkonferenz im Sommer 1927 mit den Worten gesagt:

„Die Zukunft Tanganyikas kann nur dann mit der des Britischen Reiches fest und sicher verknüpft werden, wenn Tanganyika durch unlösbare Föderationsbände mit den ihm benachbarten britischen Staaten verbunden wird.“

Ferner hat sich der Vertreter des Lord Delamere, Mr. O'Shea, bei einer späteren Versammlung dahin ausgesprochen, es sei Gefahr vorhanden, daß in der Entwicklung der britischen internationalen Politik der Tag komme, an dem es den Staatsmännern Großbritanniens weise erscheinen könnte, Tanganyika gegen Vorteile, die sich anderwärts in der Welt bieten, auszutauschen. Dagegen müsse man sich endgültig sichern.

Und schließlich noch eine Äußerung des „East African Standard“, gleichfalls einer ostafrikanischen Zeitung, der in der Nummer vom 14. November 1927 sagt:

„Das Hauptziel dieses Schrittes — nämlich der geplanten Föderation — ist die ständige Ausdehnung der britischen Zivilisation in Ostafrika im Gegensatz zur Westküstenpolitik und die Sicherung Tanganyikas für alle Zeiten als integralen Bestandteil des Britischen Reiches.“

Hier ist es ganz klar gesagt, wohin die Absicht geht. Man will eine Sicherheit schaffen gegenüber der Welt und auch gegenüber einer zukünftigen britischen Regierung, die andere Pläne haben könnte. Man will eine Sicherheit dagegen schaffen, daß das Mandatsgebiet einmal wieder an Deutschland herausgegeben werden könnte. Man will unübersteigliche Schranken dagegen errichten, daß unser Volk wieder in Uebersee Raum zur Entfaltung erhält.

Nicht alle Engländer denken so; es gibt kluge und weitblickende Leute drüben, die meinen, es sei notwendig, daß Deutschland wieder Kolonien erhält, und die glauben, daß es eine Gefahr für die Welt bilde, wenn man ein so großes, tüchtiges, sich vermehrendes Volk, wie das deutsche, in zu engen Grenzen eingepfercht halten will. Und diese englische Auffassung ist begründet in den tatsächlichen Verhältnissen unseres Vater-

landes. In den letzten Jahren hat sich unser Volk um etwa eine halbe Million jährlich vermehrt. So wird die Uebervölkerung immer stärker und die Schwierigkeiten, das Volk auf diesem zu engen Boden zu ernähren, werden immer größer.

Aber es handelt sich nicht nur um die Ausschließung des deutschen Volkes von eigenem Kolonialbesitz, es handelt sich auch um die Aneignung von Ländern von ganz ungeheuerem Werte. Als uns im Versailler Diktat der Verzicht auf die Kolonien aufgezwungen wurde, da stellte es man so hin, als ob es sich um Länder handle, die wenig Wert und im besonderen für das deutsche Volk gar keinen Nutzen hätten. Jetzt kann man es ganz anders lesen. In dem englischen Weißbuch, das über die Entsendung der Kommission veröffentlicht wurde, ist die Rede von den fast unbegrenzten Entwicklungsmöglichkeiten und Aussichten, die jene ostafrikanischen Gebiete für das Britische Reich haben. Jetzt sind die Spalten der englischen Zeitungen angefüllt von Schilderungen über die Naturschätze und über die Möglichkeiten, die dieses Ostafrika bietet. Vor wenigen Tagen hat die „Times“, das führende englische Blatt, einen langen Artikel gebracht, in dem gesagt wird, welche großen Mengen von Sisalhanf ausgeführt werden, welche Mengen Kaffee, Baumwolle und andere Dinge erzeugt werden. Dann heißt es weiter: „Aber es ruhen nicht alle Eier des Tanganyikagebietes in dem landwirtschaftlichen Korb allein, sondern da gibt es noch andere große Schätze: da sind Gold, Diamanten und Salz.“ Und sodann wird darauf hingewiesen, wie große Teile des Mandatsgebietes, die Höhegebiete am Kilimandscharo und Meru und im Südwesten der Kolonie, von Kennern des Landes als mindestens so gut und zum Teil als besser bezeichnet werden, als die Ansiedlungsgebiete in der Kenya-Kolonie, die bereits seit langem von englischen Ansiedlern besetzt sind.

Und diese Gebiete von ungeheuerem Werte will England jetzt ohne weiteres nehmen, obgleich es kein Recht darauf hat. Es will sich Länder aneignen, deren Wert insbesondere der bedeutende verstorbene englische Kolonialkenner Morel als höher bezeichnet hat, als die gesamten Kriegskosten der Alliierten. Diese Länder will England jetzt umsonst einstecken, ohne daß ihr Wert auf die ungeheueren Reparationen angerechnet wird.

Das aber ist ein eklatanter Vertragsbruch! Die Völkerbundsatzung bildet einen integrierenden Bestandteil des Versailler Diktatfriedens. Wir haben diesen Versailler Vertrag unterzeichnet und England hat ihn auch unterzeichnet. England will sich jetzt über diesen Vertrag hinwegsetzen. **Dagegen protestieren wir, protestieren wir mit aller Entschiedenheit!** Ich frage, wo bleibt hier das berühmte fair play, das jeder Engländer stets im Munde führt? Ich frage: wie ist eine dauernde Verständigung zwischen den Nationen, die in unserem Interesse, wie im Interesse

der andern Nationen und der ganzen Welt liegt, möglich, wenn man uns unsere Rechte und unsern Besitz raubt?

Ich freue mich, feststellen zu können, daß der Herr Reichsaußenminister in seiner Erwiderung auf meine Rede im Reichstag erklärt hat, daß er sich einer eventuellen Aenderung der Mandatsgrundlagen, wie sie in der Völkerbundsatzung und im Versailler Vertrag festgelegt sind, mit Nachdruck widersetzen werde.

Es genügt aber nicht, daß ein Reichsaußenminister eine solche Erklärung abgibt, sondern das ganze deutsche Volk muß hinter dieser Forderung stehen. Das Ausland muß erkennen, daß es sich nicht um eine Redewendung irgend eines Staatsmannes handelt, sondern um den Willen der Nation! Und diesen Willen wollen wir in dieser Kundgebung zum Ausdruck bringen. Wir wollen an die Welt, an die öffentliche Meinung appellieren. Wir wollen unsere eigene Regierung auffordern, alle die Schritte, die notwendig sind und getan werden können, zu ergreifen.

Und wir wollen noch etwas anderes: wir wollen vor uns und vor der ganzen Welt die Frage aufwerfen: Was tut denn der Völkerbund? Aufgabe des Völkerbundes ist es nach seinen Satzungen, den dauernden Frieden in der Welt und die Verständigung zwischen den Nationen herbeizuführen. Der Schutz des Mandatssystems aber ist eine der wichtigsten Aufgaben des Völkerbundes. Wenn er hier versagt, so versagt er überhaupt!

Man liest jetzt ab und zu in ausländischen Zeitungen, daß wir mit portugiesischen Kolonien abgefunden werden sollen. Wir sind ein ehrliches Volk, das sich nicht fremdes Eigentum aneignet. Wir erklären daher feierlich, daß wir nicht das Ziel haben, uns in den Besitz fremder Kolonien zu bringen. Was wir wollen, ist lediglich die Wahrung unserer eigenen Rechte.

So lange es ein deutsches Volk gibt, so lange werden wir immer und immer wieder dagegen protestieren, daß man unser Recht und damit unser ganzes Volk unter die Füße tritt!

Kolonialminister a. D. Dr. Bell

(Deutsche Zentrumspartei):

Zu den Vorgängen, derentwegen wir uns heute zu feierlicher Kundgebung versammelt haben, spreche ich nicht nur in meiner Eigenschaft als früherer Reichskolonialminister und als Vorsitzender der Interfraktionellen Kolonialen Vereinigung des Reichstages, sondern auch als Vertreter meiner Fraktion. Ich will mich aber auch in meiner vierten Eigenschaft, nämlich als Jurist, der sich speziell mit Völkerrechtsfragen beschäftigt, zu den hier in Frage stehenden Vorgängen äußern.

Die Wegnahme des gesamten deutschen Kolonialbesitzes wurde feierlich begründet mit unserer angeblichen Unfähigkeit zu kolonialisatorischer Betätigung, weshalb wir durch zivilisatorisch fortgeschrittenere Nationen in der kolonialen Kulturarbeit für die Eingeborenen ersetzt werden müßten. Inzwischen sind aber durch die Veröffentlichungen des Reichskolonialministeriums über unsere und der anderen Kolonialstaaten koloniale Gebarung und Eingeborenenbehandlung (Veröffentlichungen, die zunächst der Kriegspsychose zum Opfer fielen), sodann aber durch die in ruhigerer Zeitentwicklung sich ergebende weitere Klärung des wirklichen Sachverhaltes unseren ehemaligen Kriegsgegnern die Augen geöffnet worden und sie haben sich feierlich zu der Erklärung verstehen müssen, daß die Begründung für die Wegnahme der deutschen Kolonien nicht stichhaltig sei. Die koloniale Schuldfrage ist also jetzt in das Märchenreich versetzt; sie existiert nicht mehr vor der zivilisierten Welt. Nachdem aber die alleinige Voraussetzung für die Wegnahme unseres Kolonialbesitzes weggefallen ist, hätte naturgemäß auch diese Wegnahme selbst rückgängig gemacht werden müssen. Statt dessen scheint man an gewissen Stellen eine entgegengesetzte Konsequenz ziehen zu wollen.

Ferner: Im Hinblick auf den Widerspruch der Vereinigten Staaten, eine Annexion der deutschen Kolonien gutzuheißen, hat man die neue Einrichtung von Kolonialmandaten unter der Kontrolle des Völkerbundes und nach den Bestimmungen der

Völkerbundsatzung geschaffen. Das bedeutet, daß die Kolonien nicht etwas aus unserem Eigentum in das Eigentum irgend einer anderen Nation, also der Engländer, Franzosen und Belgier, übergegangen sind. Wäre das geschehen, wäre damals auch nur die Möglichkeit zu einer dauernden Annexion deutschen Kolonialbesitzes geschaffen worden, dann hätte uns in Verfolg der Grundsätze des Friedensvertrages der Wert der Kolonien auf Reparationsleistungen angerechnet werden müssen. Daraus ergibt sich nach dem Friedensvertrag von Versailles, nach der Völkerbundsatzung und nach dem Völkerrecht die doppelte Rechtsfolge, daß England die frühere deutsche Kolonie Ostafrika nur als Mandatarin des Völkerbundes nach den hierfür festgelegten Satzungen verwalten darf und daß jede Aenderung dieses Mandatscharakters an die ausdrückliche Zustimmung Deutschlands gebunden ist.

Bei der gegenwärtigen Kundgebung handelt es sich nicht darum, zu prüfen und zu erörtern, ob und wann wir wieder in die aktive Kolonialpolitik eintreten sollen. Darüber sind in der deutschen Bevölkerung die Meinungen — ich möchte von meinem Standpunkte aus sagen: Leider! — geteilt. Aber es gibt gewisse Punkte, über die unter Deutschen keine Meinungsverschiedenheit bestehen kann. Man wird freilich die endgültige Stellungnahme der großbritannischen Regierung abzuwarten haben; aber schon jetzt müssen wir uns davor verwahren, daß durch irgend welche Handlungen der englischen Regierung ein *fait accompli* zu unseren Ungunsten geschaffen wird. Was auch die Gründe sein mögen, die England zur Angliederung des früheren deutschen Kolonialgebietes an seinen übrigen Kolonialbesitz veranlassen; darüber darf keine Unklarheit aufkommen, daß durch die von England eigenmächtig in die Wege geleitete grundlegende Umformung des Kolonialmandats das gesamte afrikanische Kolonialproblem mit Einschluß der Mandatsfragen, also auch der deutschen Kolonialfrage, in der sicherlich noch nicht das letzte Wort gesprochen ist, neu aufgerollt würde. Eine solche Neuaufrollung der Kolonialfrage kann uns nur recht sein, da hierzu unsere aktive Mitwirkung geboten ist.

Weshalb es für uns unbedingt notwendig ist, rechtzeitig zu verhüten, daß wir vor vollendete Tatsachen gestellt werden, dafür möchte ich noch zwei Gründe anführen:

Zunächst ist zu bedenken, daß, wenn das englische Vorgehen unbeanstandet bleibt, sowohl Belgien als Frankreich sagen könnte und würde: Was den Engländern recht ist, das ist uns Belgiern und Franzosen billig. Wir aber sagen: Was für die Engländer unrecht ist, das ist auch für Franzosen und Belgier unbillig.

Vor allem aber handelt es sich hier für uns um eine Frage der deutschen Ehre. Es geht nicht an, daß man uns die

wenigen Rechte, die uns durch das in Vertragsform gekleidete Zwangsdiktat von Versailles gelassen sind, auch noch vorenthalten will. Wer sich auf einen Vertrag beruft und, auf seinem Schein bestehend, restlos Erfüllung verlangt, der darf sich auch seinen Vertragspflichten nicht entziehen und seinem Vertragsgegner dessen Vertragsrecht nicht vorenthalten. Es handelt sich also hier nicht nur um Kolonialprobleme, sondern es stehen lebensnotwendige Ehrenfragen der deutschen Nation auf dem Spiele. Sollte man versuchen, derartige grundlegende Umgestaltungen des Mandatssystems durchzuführen, ohne uns zu befragen, ohne unsere Zustimmung einzuholen, so erklären wir schon heute über die Wände dieses Saales und über unsere Reichsgrenzen hinaus: Das lassen wir uns nicht gefallen! Das wäre eine Verletzung unserer Vertragsrechte, eine Verletzung der Völkerbundsatzung und der Mandatsvorschriften, die einen energischen Protest des ganzen deutschen Volkes herausfordern würden.

Reichstagsabgeordneter Dr. Laverrenz

(Deutschnationale Volkspartei):

Fürst Bismarck, der Schöpfer unseres alten Kolonialreiches, hat im Reichstag einmal das Wort geprägt, daß eine erfolgreiche Kolonialpolitik überhaupt nur möglich sei, wenn sie „von einer Mehrheit des nationalen Willens mit Entschlossenheit und Ueberzeugung getragen werde“. Im alten Reichstage, vor der Staatsumwälzung, hatten wir diese breite koloniale Einheitsfront glücklich erreicht. Von Westarp bis Noske war das deutsche Volk überzeugt, daß die koloniale Frage für Deutschland keine Luxusfrage sei, sondern eine Lebensfrage. Heute, angesichts der überaus ernsten Vorgänge, von denen hier die Rede ist, muß gewünscht und gehofft werden, daß diese Einheitsfront erhalten bleibt! Ich darf daran erinnern, daß im Herbst 1918 der damalige englische Kolonialminister Long aussprach, Deutschland brauche nur eine fünfjährige Bewährungsfrist, bis es wieder zur kolonialisatorischen Arbeit zugelassen werden könnte. Im nächsten Jahre kam dann die Unterzeichnung des Versailler Diktats und je mehr wir uns von diesem Zeitpunkt der Gegenwart nähern, um so unverhüllter sind die Ziele der englischen Politik in die Erscheinung getreten. Es war zunächst im Jahre 1925 der englische Staatssekretär für die Kolonien Amery, der zum ersten Mal in breitester Oeffentlichkeit Ausführungen machte, durch die das Mandatssystem, wie es im Friedensvertrag verankert worden war, glatt über den Haufen geworfen wurde. Die englische Regierung wurde im Parlament darüber befragt und der Minister-

präsident Baldwin scheute sich nicht, dem Sinne nach die Ausführungen seines Staatssekretärs inhaltlich zu decken.

Noch schlimmer aber waren dann die Äußerungen, die im englischen Oberhaus, am 23. Februar 1927, gemacht wurden. Lord Robert Cecil kennzeichnete dabei den Standpunkt der englischen Regierung so, daß man zwar nicht in der Lage sei, angeben zu können, wer eigentlich der wirkliche Eigentümer der Mandatsgebiete wäre, daß andererseits aber so viel feststünde, daß einmal verliehene Mandate unwiderruflich seien. In unser geliebtes Deutsch übersetzt, bedeutet eine solche Äußerung doch nichts anderes, als daß die verantwortlichen Männer der englischen Politik nicht daran denken, unser Deutsch-Ostafrika jemals wieder herauszugeben.

In dieser Auffassung wird England, wie wir es deutscherseits nicht anders erwarten dürfen, in nachdrücklicher Weise von Frankreich sekundiert, das über Kamerun und den größten Teil von Togo die Mandatsverwaltung ausübt. Bei der Besprechung des Kolonialtats in der französischen Kammer hat im vorigen Jahr der Berichterstatter der Kommission in seinem schriftlichen Bericht erklärt:

„Mit gutem Recht hat der Versailler Vertrag Deutschland für unwürdig erklärt, zu kolonisieren. Es würde heißen, alle unsere Pflichten gegen die eingeborenen Rassen aus dem Auge zu lassen, wenn wir mit dem Schwamm über Deutschlands koloniale Vergangenheit wischen würden. Man kann Irrungen vergessen, Fehler verzeihen, aber man kann nicht Verbrechen vergeben“. Und er fügt am Schlusse seines Berichts wörtlich hinzu: „Frankreich wird sich der Rückgabe von Deutsch-Ostafrika an Deutschland, wie der von Kamerun und Togo entgegenstemmen“.

Was hier zum Ausdruck kommt, das ist der nackte Standpunkt: Macht geht vor Recht! Man kann es unserem Volk wahrlich nicht verargen, wenn es angesichts solcher Stilübungen an dem ganzen Geist von Locarno verzweifelt.

Aber weiter. Eine in Daressalam erscheinende Zeitung hat diesen brutalen Machtstandpunkt noch deutlicher ausgedrückt und in Worte gekleidet, die man unter deutschen Kolonialmännern und Kolonialfrauen nicht vergessen sollte. Diese englische Zeitung schrieb:

„Die Kolonien sind den Deutschen weggenommen worden, weil sie den Krieg verloren haben. Warum soll man ihnen das nicht rund heraus ohne jede Heuchelei sagen? Das wäre viel besser und würde der Sache so lange ein Ende machen, bis sich Deutschland wieder kräftig und stark genug fühlen wird, die verlorenen Gebiete zu erobern. Auf andere Weise wird es sie nicht wieder erhalten“.

Die Machtmittel, die hierzu erforderlich wären, haben wir leider nicht. Aber die Möglichkeit wenigstens besitzen wir, und diese Möglichkeit in vollem Maße auszuschöpfen ist unsere heiligste Pflicht, zu allen diesen Dingen nicht zu schweigen, sondern unsere Stimme laut und nachdrücklich vor aller Welt zu erheben.

Der letzte Vorgang, der sich im englischen Unterhaus abgespielt hat und die Vorgänge in Ost-Afrika berührte, knüpfte an die Anfrage des Abgeordneten Kenworthy an, der folgendes zur Regierungsbank sagte: „Vor der Ratifizierung des Locarno-pakts habe Chamberlain eine unmißverständliche Andeutung gemacht, daß ein Gesuch Deutschlands um ein Mandat über gewisse seiner früheren Kolonien wohlwollend erwogen werden würde. So lange man Deutschland erkläre, es sei für die Ausübung eines Mandats nicht geeignet, werde Deutschland kein vollberechtigtes Mitglied der Gemeinschaft der Nationen sein. Kenworthy betonte noch, die Regierung dürfe eine evtl. spätere Arbeiterregierung nicht von vornherein auf ihre afrikanische Politik festlegen. Und nun folgt das beachtenswerte Moment, daß der englische Unterstaatssekretär für die Kolonien darauf geantwortet hat: er hoffe, diejenigen Mitglieder der Arbeiterpartei, die sich mit der Frage zu befassen hätten, würden so viel Verantwortungsgefühl zeigen, um nicht den Gedanken zu ermutigen, daß die Rückkehr der Arbeiterpartei zur Regierung die sofortige Uebergabe britischer Mandatsgebiete an Deutschland und andere Mächte zur Folge haben würde. (!)

Diese letzte Antwort ist eine erneute Bestätigung dafür, wie die Dinge zur Zeit in einem für Deutschland durchaus ungünstigen Sinne laufen.

Deshalb begrüßt es auch die Deutschnationale Reichstagsfraktion, die mich als ihren Sprecher zu Ihrer Kundgebung entsandt hat, aufrichtig, daß in dieser großen Versammlung eine Möglichkeit gegeben worden ist, um mit größtem Nachdruck und feierlichstem Ernst festzustellen, daß es in dieser Frage nicht heißen kann: Britannia locuta, causa finita est — England hat gesprochen, die Sache ist erledigt. Nein, die Sache ist keineswegs erledigt! Ich habe immer noch die Hoffnung, daß wir den Tag erleben werden, an dem die deutsche Kolonialfrage in einem für uns günstigen Sinne ihre Regelung gefunden haben wird. Lassen Sie mich darum hinsichtlich unserer Kolonien und unseres Wunsches sie wiederzugewinnen mit dem Wort von Paul Warnke schließen:

„Ins Herz sollst Du's Dir graben,
Das Wort, so hart wie Stein:
Was wir verloren haben,
Darf nicht verloren sein!“

Reichsminister a. D. Dr. Fischbeck

(Deutsche Demokratische Partei):

Die Deutsche Demokratische Fraktion des Reichstages läßt durch mich erklären, daß sie aus ganzem Herzen auf dem Boden dieser Kundgebung steht. Wir danken der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft, daß sie zum Kampf in dieser Sache aufgerufen hat. Es liegt nahe, daß an einer solchen Kundgebung in erster Linie diejenigen interessiert und beteiligt sind, die die Sehnsucht haben, daß Deutschland sobald wie möglich wieder in den Besitz von Kolonien gelangen möge. Aber auch diejenigen, die aus ehrlicher Gesinnung heraus vielleicht Zweifel haben, ob bei der gegenwärtigen Lage unseres Vaterlandes Kolonien für uns nutzbringend sind, auch sie müssen an diesem Kampfe in einmütiger Gesinnung teilnehmen. Denn es handelt sich über die Frage eines augenblicklichen Kolonialbesitzes hinaus, um eine Frage des deutschen Rechtes, des deutschen Ansehens und der deutschen Ehre. In einem solchem Kampfe müßte jeder mit dem anderen Schulter an Schulter kämpfen, der nicht will, daß dieses Zipfelchen Recht, das uns neben all dem faustdicken, ja turmhohen Unrecht im Versailler Vertrag geblieben ist, auch noch genommen wird. Es muß durch das ganze Land ein Aufschrei gehen, damit der deutschen Regierung und dem deutschen Vertreter in der Mandatskommission des Völkerbundes der Rücken gestärkt und das Weltgewissen gegen neues Unrecht wachgerufen wird.

Reichstagsabgeordneter Petzold

(Wirtschaftliche Vereinigung):

Nach den Erklärungen der Vorredner bedarf es keiner weiteren Dokumente, um zu beweisen, was in Ostafrika vor sich geht. Wenn in unserem deutschen Volke noch vielfach das Verständnis für koloniale Dinge fehlt, so wird es unsere Aufgabe sein müssen, diese Versammlung als den Ausgangspunkt einer Bewegung zu machen, die sich über unser ganzes Vaterland erstreckt.

Angesichts der Angriffe auf deutsches Eigentum und angesichts des Unrechts, das man dem deutschen Volke wieder einmal zumuten will, ist es schwer, an den ehrlichen Friedenswillen unserer ehemalige Feinde zu glauben. Wir jedenfalls dürfen und wollen uns ein solches Unrecht, wie es in bezug auf Deutsch-Ostafrika droht, keineswegs gefallen lassen. Wir verlangen, daß das Recht auch für uns Geltung hat.

Als Vertreter eines großen Teiles des deutschen Mittelstandes glaube ich zum Ausdruck bringen zu sollen, daß gerade der

deutsche Mittelstand alles Interesse daran hat, daß Deutschland seine Kolonien zurückerhält, um ein Reservoir für den Ueberschuß seiner erwerbstätigen Bevölkerung zu haben.

Reichstagsabgeordneter Lobl

(Bayerische Volkspartei):

Namens der Fraktion der Bayerischen Volkspartei im Deutschen Reichstag darf ich die Erklärung abgeben, daß die Bayerische Volkspartei Hand in Hand mit den übrigen Parteien versuchen wird, die Aufgaben zu lösen, die die Notwendigkeit uns aufzwingt. Ich weiß, daß ich im Namen des weitaus größten Teiles des bayerischen Volkes rede, wenn ich sage: Wir wollen mit Ihnen gemeinsam arbeiten an der Wiedererlangung unserer Kolonien. Es ist tief bedauerlich, daß wir im Innern in so viele Gruppen zersplittert sind. Aber auf einer Plattform müssen wir alle zusammenstehen: Auf der Plattform des Kampfes um unser Recht gegenüber dem Ausland.

Gouverneur a. D. Dr. Seltz

(Vorsitzender der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft):

Eine Londoner Zeitungskorrespondenz hat kürzlich versucht, dem guten englischen Spießbürger weißzumachen, die ganze koloniale Bewegung in Deutschland sei überhaupt nicht vorhanden, die Deutschen hätten sich mit dem Gedanken, je wieder in koloniale Tätigkeit einzutreten, längst abgefunden, und seien zufrieden, wenn sie nur in fremden, besonders in englischen Kolonien Geld verdienen. Nun, hätte ein Vertreter dieser Korrespondenz an der heutigen Kundgebung teilgenommen, er hätte sich davon überzeugen können, daß es allerdings in Deutschland eine koloniale Bewegung gibt, die ihren Grund hat in den weitesten Schichten der deutschen Bevölkerung. Und daß hier die Vertreter von sechs großen Parteien des Reichstages erklärt haben, für den kolonialen Gedanken eintreten zu wollen, das ist eine Tatsache, die auch für das Ausland von entscheidender Bedeutung sein sollte.

Als Deutschland in den Völkerbund eintrat, hegte man bei uns hier und da die Hoffnung, diese Tatsache werde auf kolonialem Gebiete ihre Früchte tragen. Es ist das Gegenteil eingetreten. Die Mandatsregierungen — nicht nur die englische — haben eine Maßnahme nach der andern getroffen, um unsere Schutzgebiete immer fester in verwaltungstechnischer

und wirtschaftlicher Beziehung mit den Nachbargebieten zu verbinden, so daß man uns, wenn einmal die Frage einer Aenderung der gegenwärtigen Rechtsform des Mandatssystems erhoben würde, mit Recht entgegenhalten könnte, daß es rein unmöglich sei, den status quo ante wiederherzustellen. Wir sollten also eigentlich diesen Heißspornen in Nairobi, die so laut nach der Einverleibung von Deutsch-Ostafrika schreien, dafür dankbar sein, daß sie durch ihr lautes Schreien die deutsche Oeffentlichkeit auf das was uns bevorsteht, viel mehr aufmerksam gemacht haben, als die leisen Schritte der englischen Regierung.

Man wirft uns, die wir in der deutschen Kolonialbewegung stehen, so oft vor, wir seien Romantiker und Phantasten, die viel zu viel wollten und nicht zurückfänden auf den Boden der Wirklichkeit. Nun ist es eine bekannte Tatsache, daß jeder, der sich große Ziele steckt, zunächst als ein Phantast erklärt wird. Aber daß wir in Wahrheit keine Phantasten sind, daß wir mit der Wirklichkeit rechnen, das hat wohl auch diese Kundgebung bewiesen und das beweist die Entschliebung, die ich nunmehr zur Verlesung bringe:

Entschliebung.

Die zu einer von der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft veranstalteten Kolonialkundgebung in Berlin versammelten deutschen Männer und Frauen aller Volksschichten und Parteien erheben einmütig Protest gegen die in letzter Zeit immer deutlicher zutage tretenden Bestrebungen, unter Verletzung der Bestimmungen der Völkerbundsatzung deutsche unter Mandatverwaltung gestellte Kolonien ihres Charakters als Mandatgebiete zu entkleiden und fremden Staaten einzuverleiben.

Sie richten daher an die deutsche Reichsregierung die dringende Aufforderung, den Völkerbund auf die dem Mandatssystem drohenden Gefahren aufmerksam zu machen und zu verlangen, daß die deutschen unter Mandatverwaltung gestellten Kolonien den Bestimmungen der Völkerbundsatzung entsprechend und unter völliger Wahrung ihres Mandatcharakters verwaltet werden.

Ich stelle fest, daß die Entschliebung einstimmige Annahme gefunden hat.

Wenn sich diese Entschliebung auch ausdrücklich auf den Schutz des Mandatssystems beschränkt, so sind wir uns doch bewußt, daß es sich für uns nicht nur um eine koloniale Frage handelt, sondern auch um eine Frage der allgemeinen Politik, um eine Frage des Ansehens Deutschlands in der Welt. Es geht darum, ob Deutschland imstande ist, im Völker-

bund sein Recht durchzusetzen, oder ob sich dort der Machtung einer Hand voll britischer Farmer in Ostafrika durchzusetzen vermag.

Wir, die wir hier versammelt sind, deutsche Männer und Frauen aller Parteien und Volksschichten und die Vertreter der großen Reichstagsfraktionen, wir stehen mit dieser Kundgebung und dieser Entschliebung nicht allein. Ich darf mitteilen, daß uns eine große Anzahl von Zustimmungs-Kundgebungen vorliegen, unter anderem eine schriftliche Erklärung des früheren Staatssekretärs des Reichskolonialamtes, Exzellenz Dernburg, der an seine Zustimmung zu der Entschliebung den Wunsch knüpft, daß es dem deutschen Vertreter in der permanenten Mandatskommission des Völkerbundes gelingen möge, diesen Standpunkt durchzusetzen.

Ich kann ferner mitteilen, daß in diesen Tagen überall im deutschen Reiche gleichfalls Protestkundgebungen gegen den Raub Deutsch-Ostafrikas stattfinden. Es liegen Entschliebungen aus folgenden deutschen Städten vor:

Aachen	Heidelberg	Oppeln
Ansbach	Hildesheim	Ortelsburg
Aschaffenburg	Hirschberg	Passau
Aue	Holzminden	Plön
Barmen	Insterburg	Radeberg
Berlin	Karlsruhe	Regensburg
Bernburg	Köln	Rheine
Bremen	Königsberg	Rheydt
Breslau	Kolberg	Salzwedel
Bunzlau	Krefeld	Schwerin
Cosel	Landsberg	Spandau
Crimmitschau	Leipzig	Stuttgart
Emden	Lyck	Tilsit
Erfurt	Meiningen	Trier
Glatz	Melsungen	Weimar
Göttingen	München	Wildungen
Goslar	Münster	Wittenberg
Greiz	Neumünster	Witzenhausen
Halle	Nürnberg	Zweibrücken

Alle diese Entschliebungen vereinigen sich mit unserer Kundgebung zu einem machtvollen Rufe an die deutsche Reichsregierung, das deutsche Recht zu wahren. Und dieser Ruf wird auch, wie wir zuversichtlich hoffen, in England und im übrigen Ausland gehört werden.